

Interview mit Sahra Wagenknecht

"Griechenland wird in den Bankrott getrieben"

Auf dem Neujahrsempfang der LINKEN in Tübingen konnte ich Sahra Wagenknecht zur Europäischen Krise interviewen.

Thomas Mitsch: Sahra, vielen Dank dass Du dir Zeit für das Interview nimmst. In aller Munde ist natürlich die Griechenlandkrise. Wie siehst Du die gerade eskalierende Situation?

Sahra Wagenknecht: Derzeit wird alles dafür getan, um Griechenland in den Bankrott zu treiben, und zwar genau durch die Politik, die angeblich Griechenland retten soll. Diese Politik, die von Frau Merkel maßgeblich vorangetrieben wird, zwingt alle Eurostaaten dazu, wahnsinnig zu sparen und ihre staatlichen Budgets zu kürzen. Die Griechen haben im letzten Jahr vierzig Prozent ihrer Gesundheitsausgaben gekürzt, sie haben brachiale Kürzungen bei Renten sowie bei öffentlichen Gehältern umgesetzt. Und jetzt wundert man sich, dass die Wirtschaft einbricht. Die griechische Wirtschaft ist im Jahr 2011 um 5,5 Prozent geschrumpft, die Arbeitslosenquote lag bei achtzehn Prozent. So sind natürlich die öffentlichen Einnahmen noch schneller geschmolzen, als die Ausgaben gekürzt werden konnten. Das Ergebnis dieser ganzen unsinnigen Politik ist, dass die Schuldenlast steigt. Trotzdem will die europäische Politik von ernsthaften Schuldentreibungen nichts wissen. Stattdessen verhandelt man mit den Banken auf freiwilliger Basis über einen Schuldenschnitt, mit dem aber nicht die Entlastung erreicht werden kann, die eigentlich nötig wäre. Jetzt soll europaweit wieder der Steuerzahler drauflegen. Das ist ein völlig abstruses Konzept. Es wird aber trotzdem durchgesetzt, nicht weil es keine besseren Konzepte gäbe, sondern weil die Bundesregierung schlicht zu feige ist, sich mit den Bankern anzulegen. Die Bundesregierung macht genau das, was sich die Finanzkonzerne wünschen, damit deren Ansprüche und Forderungen gesichert bleiben.

T.M.: Ich höre öfter auf der Straße „Griechenland wird es in der Form nicht schaffen, die haben ja nicht mal ein Katasteramt und können nicht mal die eigenen Steuern eintreiben“?

S.W.: Ja das ist tatsächlich ein Problem. In Griechenland gibt es eine sehr reiche Oberschicht, die überhaupt nicht zur Kasse gebeten wird. Die griechische Regierung gibt auch übermäßig viel Geld für Waffen aus. Doch weder Merkel noch die EU-Kommission verlangen von der griechischen Regierung, dass sie keine Waffen mehr importiert oder Millionäre stärker besteuert. Verlangt werden vor allem soziale Kürzungen, Mindestlohnkürzungen, Deregulierung im Arbeitsmarkt et cetera. Auch der geplante Fiskalpakt setzt im Kern auf unsoziale Kürzungsprogramme, die dann nicht nur Griechenland, sondern auch uns und andere Eurostaaten treffen werden. Hingegen gibt es in diesem Pakt überhaupt keine Forderung, hohe Vermögen stärker zu besteuern bzw. eine Vermögensabgabe einzuführen. In Griechenland verfügen etwa zweitausend Familien über achtzig Prozent des gesamten privaten Vermögens. Wenn Griechenland diese Familien zur Kasse bitten würde, könnte die griechische Schuldenlast schon erheblich verringert werden. Aber das will Frau Merkel nicht, weil sie fürchtet, dass ein solches Beispiel Schule machen könnte. Schließlich hat auch Deutschland inzwischen über zwei Billionen Euro Schulden. Allerdings beläuft sich das private Geldvermögen allein der deutschen Millionäre und Multimillionäre auf 2,2 Billionen Euro, ist also höher als die Verschuldung von Bund, Länder und Kommunen zusammengenommen. Aber da will keiner ran und deshalb fordern sie auch nicht von Griechenland, dass es Geld von den Reichen eintreibt.

T.M.: Es heißt, dass auch Deutschland eine Mitschuld an der Krise trifft, gerade durch seine Exportaußenpolitik auf Kosten der deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer?

S.W.: Ja, die deutsche Politik ist in jedem Fall für die Eurokrise und die Krise in Griechenland verantwortlich. Wir haben in Deutschland seit Jahren ein brachiales Lohndumping, die Löhne sind seit dem Jahr 2000 im Schnitt um 4,5 Prozent real gesunken. Im Durchschnitt der Eurozone sind die Löhne aber in diesem Zeitraum um 6 Prozent gestiegen. Und natürlich ist dieses Lohndumping auch eine wesentliche Voraussetzung für unsere Exportüberschüsse. Umgekehrt mussten sich unsere europäischen Nachbarländer immer mehr verschulden, um die deutschen Exportüberschüsse aufnehmen zu können. Diese wachsenden Ungleichgewichte drohen die Eurozone zu zerreißen. Was wir daher wirklich bräuchten in der Eurozone, wäre eine Koordinierung der Lohnpolitik und eine Verpflichtung beispielsweise auf eine Lohnentwicklung, die mindestens an der Produktivität orientiert ist. Da ist Deutschland aber gerade das Land, welches am meisten davon abweicht.

T.M.: Wie siehst Du die Chance für den Euro, wenn jetzt z.B. die Finanztransaktionssteuer nicht kommt und England weiterhin ausschert?

S.W.: Na ja, der Euro zerbricht nicht, wenn die Finanztransaktionssteuer nicht kommt, aber es ist natürlich ein Problem, wenn sie nicht kommt, weil sie in mehrerer Hinsicht überfällig ist. Erstens würde die Finanztransaktionssteuer auf der einen Seite erhebliche öffentliche Einnahmen bringen und sie würde diejenigen treffen, die es zu Recht trifft, nämlich die Spekulanten und Zocker. Alleine Deutschland würde selbst bei einem Steuersatz von nur 0,05 Prozent jedes Jahr etwa 27 Milliarden an Einnahmen erzielen. Das ist enorm viel Geld, so viel bekommen alle Hartz IV-Empfänger zusammengenommen. Zweitens hat diese Steuer positive Auswirkungen, weil riskante Geschäfte eingedämmt würden, dies betrifft insbesondere den Handel mit Papieren, die in kurzen Abständen gekauft und verkauft werden. Diese Papiere sind mitverantwortlich für sehr viel Instabilität an den Finanzmärkten. Selbst bei einem so niedrigen Steuersatz würde sich der Handel mit diesen Papieren aber nicht mehr lohnen. All dies spricht für eine Finanztransaktionssteuer und es ist eigentlich unglaublich, dass sie immer noch nicht eingeführt wurde. Es ist eine Ausrede, dass man dafür auch London braucht. Es gibt ja jetzt ein Konzept, das darauf hinausläuft, dass man eben die Banken nach ihrem Sitzland besteuert, das heißt, auch wenn die Deutsche Bank in London handelt, muss sie trotzdem in Deutschland Steuern zahlen. Insofern gibt es auch kein Argument mehr, dass man sagt, sie würden dann alle ihren Handel verlegen, denn das würde ja nichts nützen. Man könnte durchaus versuchen, so eine Steuer alleine in Deutschland einzuführen, dazu braucht man Großbritannien nicht.

T.M.: Den LINKEN wird ja oft nachgesagt, sie wären radikal und wollten immer gleich verstaatlichen, aber jetzt ist doch eingetreten, dass Banken verstaatlicht bzw. teilverstaatlicht wurden. Dann hat DIE LINKE doch eigentlich recht?

S.W.: Na, es sind halt die falschen Banken verstaatlicht worden. Man hat immer nur die Müllhalden verstaatlicht und die, die davon profitiert haben, machen nach wie vor Gewinne und schütten Dividenden aus. Zum Beispiel wurde berechnet, dass die Deutsche Bank von den Steuerzahlern und von den Rettungsaktionen des Bundes im Volumen von dreißig Milliarden Euro profitiert hat, indem sie Forderungen, die sie an die Hypo Real Estate und andere Banken hatte, nicht abschreiben musste. Und diese Milliarden holt sich keiner zurück. Gerettet wurde hingegen die Hypo Real Estate, die nur Verluste bereitete.

Deshalb sagen wir: Alle Banken, der gesamte Finanzsektor gehört in öffentliche Hand und weil eben Finanzen und deren Stabilität ein öffentliches Gut sind, gehören sie geschützt vor Zockern. Das Schlimme ist, wir haben in Deutschland jetzt schon wieder im Bundestag ein neues Bankenrettungspaket verabschiedet. Das ist leider öffentlich gar nicht so wahrgenommen worden. Der alte Bankenrettungsfond in Höhe von 480 Milliarden Euro ist einfach wieder reaktiviert worden, das heißt der Steuerzahler hat jetzt wieder 80 Milliarden Eigenkapital und 400 Milliarden an Bürgschaften zur Verfügung gestellt, damit die Banken nicht in Schwierigkeiten kommen. Das bedeutet, der Staat wird immer wieder in die Pflicht genommen, wenn Banken Verluste machen. Wenn sie Gewinne machen wie die Deutsche Bank, dann werden diese kaum besteuert, d.h. der Staat versucht erst gar nicht, die Profiteure des Finanzkasinos und der Bankenrettung zur Kasse zu bitten. Das ist eine skandalöse Situation

T.M.: Zum Schluss, was empfiehlst Du den Normalsterblichen? Das Geld auf die Bank bringen oder ausgeben? Wie sieht die Zukunft aus?

S.W.: Na ja ich denke, das hängt auch ein bisschen davon ab wie gut man verdient. Viele Leute haben ja überhaupt nichts übrig am Monatsende, für die stellt sich die Frage gar nicht. Generell dürfte man bei Sparkassen oder Genossenschaftsbanken ganz gut aufgehoben sein, da wird nicht gezockt und spekuliert, vielleicht mit ganz wenigen Ausnahmen. Das Schlimme ist in diesem Kontext, dass der Staat durch die Zerschlagung der gesetzlichen Rente die Menschen zwingt, Geld zum Beispiel über die Riesterrente anzusparen, und dieses Geld fließt in sehr, sehr undurchsichtige Kanäle. Das ist eine ganz gefährliche Entwicklung, da dieses hart verdiente Geld auf den Finanzmärkten verzockt werden kann.

T.M.: Danke für das Gespräch und viel Spaß auf dem Neujahrsempfang der LINKEN in Tübingen

Das Interview wurde am 28. Januar 2012 auf dem Neujahrsempfang der Linken im evangelischen Gemeindehaus in Tübingen geführt.

Sahra Wagenknecht ist Erste Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und Stellvertretende Parteivorsitzende.

Thomas Mitsch ist Mitglied des BundessprecherInnenrates der BAG Rote Reporter/innen und Landessprecher der LAG Rote Reporter/innen Baden-Württemberg